

Ferner ist für mich auf keinen Fall akzeptabel, daß im Rahmen der beabsichtigten Entschließung inhaltliche Festlegungen über die Verfassung des geeinten Deutschlands getroffen werden.

Schließlich möchte ich daran erinnern, daß wir beide abgesprochen hatten, uns im Detail über das weitere Vorgehen zu verständigen. Ich bin sehr erstaunt zu hören, daß der Vertreter des Außenministeriums der DDR entgegen dieser Absprache den Entschließungsentwurf der DDR – zusammen mit einem Vertragsentwurf – in die trilateralen Gespräche mit Polen bereits eingeführt hat.³

Angesichts dieser Vorgehensweise sehe ich erhebliche Schwierigkeiten in dieser Angelegenheit voraus.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir in dieser für den 2+4-Prozeß und die deutsch-polnischen Beziehungen so wichtigen Frage weiterhin in engem persönlichen Kontakt blieben.

Mit freundlichen Grüßen

Nr. 299
Fernschreiben des Präsidenten Bush an Bundeskanzler Kohl
4. Juni 1990

BK, 21 – 30101 A 5 (20) Am 12/4/90, Bd. 7, Bl. 352/0–352/2. – Geheim. Hs. am oberen Rand einer jeden Seite vermerkt „Übersetzung BK-FS 10479 Seite ...“ und ergänzt die jeweilige Seitenzahl.

Lieber Helmut,

lassen Sie mich im Anschluß an unsere Telefongespräche¹ noch einige zusätzliche Bemerkungen zum Besuch Gorbatschows² machen. Wie Sie den Presseberichten entnommen haben, wurde die Atmosphäre des Gipfeltreffens – zunächst die Konzentration auf heikle Fragen, dann die Unterzeichnung verschiedener Abkommen einschließlich des Handelsabkommens,³ das die Presse für gescheitert gehalten hatte, und schließlich die Begegnungen in Camp David⁴ und die Verabschiedung – zunehmend freundlicher.

Was die deutsche Vereinigung angeht, so lassen Sie mich lediglich meinen nachhaltigen Eindruck bestätigen, daß sich Gorbatschow mit dieser Frage immer noch abmüht und versucht, Verständnis für die sowjetische Position in Europa nach der Vereinigung zu erlangen. Es war ein Schritt nach vorne, daß er keine Einwände gegen meine Erklärung auf unserer Pressekonferenz am Sonntag erhob, als ich sagte, daß er und ich uns zwar nicht darüber einig seien, daß das vereinte Deutschland volles Mitglied der NATO sein solle, wir jedoch darin übereinstimmten, daß die Frage der Bündniszugehörigkeit in Übereinstimmung mit der Schlußakte von Helsinki von den Deutschen entschieden werden müsse.⁵ (In dem Maße, wie

3 Dazu Nr. 296.

1 Bundeskanzler Kohl und Präsident Bush telefonierten am 30. Mai (Nr. 293), 1. Juni und 3. Juni 1990 (Teltschik, 329 Tage, 255, 257; Zelikow/Rice, Sternstunde der Diplomatie, 387f., 390) miteinander.

2 Nr. 293 Anm. 1.

3 Zu den getroffenen amerikanisch-sowjetischen Vereinbarungen: Public Papers of the Presidents of the United States. Bush. 1990 I, 747–751.

4 Präsident Bush empfing Präsident Gorbatschow am 2. Juni 1990 in Camp David (ebd., 753–755; Gorbatschow, Erinnerungen, 732–734).

5 In der gemeinsamen Pressekonferenz am 3. Juni 1990 (Public Papers of the Presidents of the United States. Bush. 1990 I, 756–767, hier 756) erklärte Präsident Bush, „ein vereinigtes Deutschland sollte Vollmitglied der NATO sein“. Auch wenn Präsident Gorbatschow diese Ansicht nicht teile, seien sie beide „in voller Übereinstimmung, daß die Frage der Bündniszugehörigkeit gemäß der Schlußakte von Helsinki eine Angelegenheit ist, die von den Deutschen entschie-

wir den sowjetischen Sicherheitsinteressen außerhalb der 2+4-Gespräche Rechnung tragen können – in unseren bilateralen Beziehungen, in Wien und auf dem NATO-Gipfeltreffen –, werden unsere Chancen steigen, daß wir Gorbatschow dazu bewegen können, ein vereinigtes Deutschland als volles Mitglied der NATO zu akzeptieren. Er muß wissen, daß die volle NATO-Mitgliedschaft nicht zur Disposition steht, wir ihm aber in anderer Weise helfen können.)⁶ Der NATO-Gipfel wird von entscheidender Bedeutung sein: Wir müssen den Sowjets und den Osteuropäern und der Öffentlichkeit in unseren eigenen Ländern in diesem Zusammenhang zeigen, daß das Bündnis in einem neuen Europa ein verändertes Gesicht haben wird. Ich glaube, daß unsere Auffassungen dazu sehr dicht beieinanderliegen, und wir müssen im Vorfeld des 5. Juli zusammenarbeiten.

Im Bereich der Rüstungskontrolle haben wir gute Fortschritte erzielt; daraus ergibt sich der zusätzliche Vorteil, daß wir der Sowjetunion zeigen können, daß militärische Spannungen im neuen Europa beträchtlich verringert werden können. Die gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung zu den VKSE-Verhandlungen⁷ war besonders wichtig, da sie unser Einvernehmen bekräftigt, daß ein KSE-Vertrag die unerläßliche Grundlage für die künftige europäische Sicherheit darstellt, und uns dazu verpflichtet, das Tempo der Wiener Verhandlungen zu beschleunigen und rasch eine Einigung über alle noch ungelösten Fragen zu erzielen. Das bilaterale Abkommen über chemische Waffen⁸ bedeutete auch einen wichtigen Durchbruch, und unsere gemeinsame Erklärung zu den Reduzierungen strategischer Waffen⁹ dürfte den START-Verhandlungen neue Impulse verleihen.

Es wurden viele weitere Abkommen unterzeichnet, darunter ein Handelsabkommen, und gemeinsame Erklärungen abgegeben; einige sind für die bilateralen Beziehungen von beträchtlicher Bedeutung. Wie ich bereits feststellte, trug die Ankündigung dieser Abkommen, insbesondere die Unterzeichnungszereemonie am 1. Juni¹⁰, auch dazu bei, daß sich die Atmosphäre des Gipfeltreffens von den ernststen Diskussionen, die wir zu Beginn führten, zu einem optimistischeren Klima wandelte, das, wie ich hoffe, Gorbatschow zu Hause von Nutzen sein wird. Das Handelsabkommen war für ihn von großer Bedeutung.

Wir führten einige offene Gespräche über Litauen und die anderen baltischen Staaten, aber die Angelegenheit wurde nicht zum Schwerpunktthema für die Öffentlichkeit. Ich legte meine Positionen dar, damit Gorbatschow keinerlei Zweifel daran hat, für wie wichtig ich dieses Thema erachte. Ein Durchbruch wurde nicht erzielt, aber ich hoffe nach wie vor, daß zwischen Moskau und Wilna bald ein Dialog in Gang kommt.

den werden“ müsse. Gorbatschows Berater Tschernajew zufolge kam die Übereinkunft am 31. Mai abends wie folgt zustande (Tschernajew, Die letzten Jahre einer Weltmacht, 298; Gesprächsverlauf auch in: Baker, Drei Jahre, die die Welt veränderten, 226; Gorbatschow, Erinnerungen, 723): „Gorbatschow: ‚Wir formulieren also wie folgt: Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sprechen sich dafür aus, um zu einer endgültigen Regelung unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu gelangen, dem vereinten Deutschland selbst die Entscheidung zu überlassen, zu welchem Bündnis es gehören will.‘ Bush: ‚Ich würde eine etwas abgeänderte Fassung vorschlagen: Die USA sprechen sich eindeutig für eine Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO aus, allerdings werden wir, falls es sich anders entscheiden sollte, die Entscheidung nicht anfechten, sondern tolerieren.‘ Gorbatschow: ‚Einverstanden. Ich akzeptiere Ihre Formulierung.‘“

6 {} Hs. von Bundeskanzler Kohl am linken Rand doppelt angestrichen.

7 Gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung über Konventionelle Streitkräfte in Europa, 1. Juni 1990 (Public Papers of the Presidents of the United States. Bush. 1990 I, 746).

8 Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Vernichtung und Nicht-Herstellung chemischer Waffen und über Maßnahmen zur Förderung der Multilateralen Konvention über ein Verbot chemischer Waffen, 1. Juni 1990 (The United Nations Disarmament Yearbook. Vol. 15: 1990. New York 1991, 510–515).

9 Gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung zu dem Vertrag über Strategische Offensivwaffen, 1. Juni 1990 (Public Papers of the Presidents of the United States. Bush. 1990 I, 742–745).

10 Ansprachen der Präsidenten Bush und Gorbatschow anlässlich der Unterzeichnung der bilateralen Abkommen, 1. Juni 1990, ebd., 740–742.

Wie ich bei unserem Telefongespräch am 3. Juni erwähnte, sprach Gorbatschow in einem vertraulichen Augenblick in Camp David auch die Frage umfangreicher westlicher Wirtschaftshilfe für die Sowjetunion an und äußerte den Wunsch nach einer Beteiligung der Vereinigten Staaten an diesen Maßnahmen. Ich erwiderte ihm, daß ich ihm helfen wolle, auf einen Erfolg seiner Reformen hoffe und daß ich seine Probleme verstehe, es hierbei aber auch für mich ernsthafte Probleme gebe. Zunächst einmal wäre es schwierig, amerikanische Banken zur Gewährung von Unterstützung zu bewegen, bevor in der Sowjetunion ein wirksames wirtschaftliches Reformprogramm durchgeführt werde. Bedeutende Fortschritte bei der Lösung der deutschen Frage würden in den Vereinigten Staaten ein Klima schaffen, das mir dabei helfen würde, Unterstützung für Hilfsmaßnahmen für die Sowjetunion zu gewinnen. Sichtbare Fortschritte in Litauen und eine Kürzung sowjetischer Hilfe an Länder wie Kuba, Vietnam und Kambodscha würden auch das Argument entkräften, daß die Vereinigten Staaten der Sowjetunion helfen und damit Regime unterstützen, die die internationale Stabilität untergraben. Dieses Thema sollten wir auf dem Wirtschaftsgipfel in Houston¹¹ erörtern.

Alles in allem hatte ich den Eindruck, daß Gorbatschow immer noch zuversichtlich, aber offenkundig von all den Problemen, denen er sich im eigenen Land gegenüber sieht, bedrückt ist. Was die Position der Sowjetunion auf internationaler Ebene angeht, so scheint er sich noch tastend seinen Weg durch die Auswirkungen all der Veränderungen des vergangenen Jahres zu suchen. Es spricht für ihn, daß er aufgeschlossen und bereit ist, sich durch Schritte beruhigen zu lassen, die die westlichen Bündnispartner unternehmen könnten, um zu zeigen, daß die Veränderungen in einer Art und Weise zu bewältigen sind, die die sowjetische Sicherheit nicht bedroht. In diesem Zusammenhang bin ich der Auffassung, daß das Gipfeltreffen dazu beigetragen hat, ihm einige Zusicherungen dieser Art zu geben. Ferner wird unsere Vereinbarung, jährliche Gipfeltreffen abzuhalten, das Gefühl der Kalkulierbarkeit der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen stärken.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr George

Nr. 300
Gespräch des Bundesminister Seiters mit den Botschaftern der Drei Mächte
Bonn, 6. Juni 1990

BArch, B 136/20241, 221 – 34900 Spr 2 Bd. 1. – Vermerk des MDg Duisberg, 12. Juni 1990. Kopie: GL 21. Weiterleitung an GL 22. – Gesprächsbeginn: 16.00 Uhr.

Teilnehmer:

Botschafter Boidevaix (F)
Botschafter Mallaby (GB)
Botschafter Walters (USA)
Staatssekretär Dr. Sudhoff
MDgt Dr. Duisberg

Der französische Botschafter bat um Erörterung von drei Fragen:

- Inkraftsetzung des Staatsvertrages über Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion,
- Perspektiven für die gesamtdeutschen Wahlen,
- die wirtschaftlichen Verpflichtungen der DDR, insbesondere gegenüber der Sowjetunion.

¹¹ Nr. 344A Anm. 17